

Die duftende Dusche



Aus welchem Jahrhundert die japanischen Medizin- und Rezeptsammlungen stammen, kann heute nicht mehr genau festgestellt werden. Waren es die Ärzte Abe Manao und Idzumo Hiro-sada im 19. Jahrhundert, die den medikamentösen Einsatz der Heilpflanze Knoblauch berühmt machten?

Überliefert ist jedenfalls, daß ein sogenanntes „Knoblauch-Sanatorium“ eingerichtet wurde. Offenbar waren die Ärzte der Ansicht, daß Knoblauch ein umfassendes Heilmittel für zahlreiche Krankheiten darstellt.

Eine Therapieform machte besonders von sich reden. Es war die Besprühung des Patienten mit einer Knoblauch-Lösung in einer speziell dafür entwickelten Duschkabine. Welche Erkrankung hier kuriert wurde oder kuriert werden sollte, ist allerdings nicht überliefert worden.

Als Kuriosum wäre dies schon von Interesse. Vom medizinischen Standpunkt aus betrachtet können wir glücklicherweise auf die Quellen des 20. Jahrhunderts zurückgreifen: Heute weiß man nämlich, wie der Knoblauch wirkt.

Knoblauch – oder seine geruchsneutrale Variante in Form der „Kwai“ Knoblauch-Dragees – beugt der Arteriosklerose (Arterienverkalkung) vor, weil die Risikofaktoren erhöhter Blutdruck (Hypertonie) und zu hoher Cholesterinspiegel (Hypercholesterinämie) günstig beeinflusst werden. Zudem verbessert Knoblauch die Fließfähigkeit des Blutes.

„Kwai“, Knoblauch-Dragees gegen frühe Alterserscheinungen und Altersbeschwerden, zur Stärkung von Herz und Kreislauf, gegen Arterienverkalkung, ist von Lichtwer Pharma GmbH, Berlin 28.

bei starben 1985 vier Jugendliche, in den beiden nächsten Jahren sechs, dieses Jahr binnen eines Monats fünf: vor dem Zentralkaufhaus und in einem Hinterhof erstochen oder erschlagen.

„Soziale Revanche“ ortet die Soziologin Xenja Mjalo als Tatmotiv bei Jugendlichen aus der Unterschicht, ohne Beziehungen „zu Sonderkanälen der Warenverteilung“. Bürgerwehren bewachen Straßen, nach neun Uhr abends gehen die Bewohner mehrerer Stadtbezirke kaum noch aus dem Haus.

Die Randalie hat bereits die Hauptstadt erreicht. Jugendbanden liefern sich Gefechte, und der Moskauer Polizeibericht meldete:

Am 2. August gegen elf Uhr vormittag drang eine aus 20 bis 30 Personen bestehende Gruppe von Motorradrockern in das Lebensmittelgeschäft Nr. 5 ein und begann, die Käufer grundlos zu stoßen und zu beschimpfen, wonach sie Lebensmittel vom Ladentisch nahm und, ohne zu zahlen, das Geschäft verließ. Die gleichen Handlungen wiederholten sich in der Bäckerei Nr. 2. Die herbeigerufene Miliz forderte sie auf, sich auszuweisen, doch sie weigerten sich, beleidigten die Milizionäre und leisteten bei der Mitnahme auf das 16. Revier Widerstand.

Brave Bürger fragen da nicht nach den sozialen oder psychologischen Hintergründen – in einer Gesellschaft, die der Jugend in der Freizeit rein gar nichts zu bieten hat. „Solche Leute“, urteilte die Kassiererin Tatjana Dorochina über den Aufruhr der Tanzenden von Alapajewsk, „gehören hart angepackt.“

Auf schwere Bandenkriminalität steht in der Sowjet-Union die Todesstrafe.

AFRIKA

Schwarze Apartheid

Soldaten des Kleinstaates Burundi ermordeten Zehntausende Aufständische vom Stamme der Hutu.

Geplünderte Dörfer, verbrannte Ernten, ermordete Menschen: Die grünen Bergketten im Norden des zentralafrikanischen Staates Burundi – gerade so groß wie Hessen und eine der am dichtesten besiedelten Regionen des Kontinents – sind Schauplatz eines grausam archaischen Massakers.

Zehntausende Menschen wurden getötet, mehr als 53 000, vor allem Frauen und Kinder, flüchteten über den Fluß Akanyaru ins Nachbarland Ruanda. Die Krankenstationen um Butare in Ruanda können die Verwundeten kaum versorgen.

Nahezu alle Hilfesuchenden gehören der Bevölkerungsmehrheit von Burundi an, den Hutu, die dort seit Jahrhunderten von einer Minderheit, den Tutsi, regiert und unterjocht wird.

Mitte August verwandelte die Armee von Burundi – 99,7 Prozent der Solda-

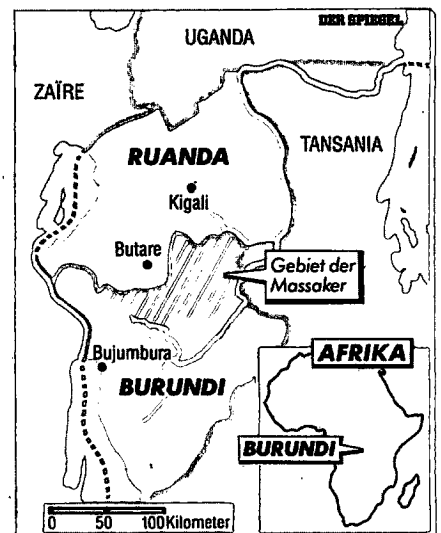


Präsident Buyoya
Armee gegen Aufständische

ten sind Tutsi – die drei Nordprovinzen Ngozi, Kirundo und Muyinga in Todesfelder. Dorfbewohner wurden in ihren Hütten erschossen oder mit Tränengas aus ihren Verstecken getrieben. Hubschrauber warfen Brandsätze ab, Fliehende wurden erlegt wie Wild.

Die blindwütige Jagd auf die Hutu war offenbar ein Racheschlag. Flüchtlinge berichten übereinstimmend, daß Anfang August im Norden zahlreiche Hutu mit guter Schulbildung verhaftet und verschleppt wurden. Am 11. August habe ein Soldat zwei Hutu erschossen und sei von den Dorfbewohnern ermordet worden. Drei Tage später überfielen Hutu mit Haumessern und Knüppeln Tutsi-Familien, töteten die Männer und brannten ihre Häuser nieder – bis Präsident Pierre Buyoya, ein Tutsi, seine Armee gegen die Aufständischen hetzte.

Regierungssprecher in der Hauptstadt Bujumbura verharmlosen die



Greuel: Hutu hätten aus dem Exil ihre Stammesbrüder zum Meuchelmord angestiftet. Inzwischen aber habe die Armee schon wieder Ordnung geschaffen. Diese Intervention habe zwangsläufig Tote und Verletzte gefordert – höchstens 5000.

In Wahrheit war das Massaker der vergangenen Wochen nur neuer Höhepunkt in einem jahrhundertealten Konflikt: nicht nur eine Fehde zwischen zwei miteinander rivalisierenden Stämmen, sondern auch ein Kampf der unterdrückten Mehrheit um die Macht gegen eine Elitekaste, die eine Art schwarzer Apartheid errichtet hat.

85 Prozent der Burundier sind Hutu, aber alle 31 Mitglieder des obersten Militärrats sind Tutsi, genauso wie 14 von 19 Ministern, 12 von 15 Provinzgouverneuren und 20 von 22 Botschaf-

deten die Kleinen den Langen Abgaben und Dienste.

Das änderte sich auch nicht in der Kolonialzeit – bis zum Ende des Ersten Weltkriegs waren Burundi (damals Urundi) und Ruanda Teil Deutsch-Ostafrikas, danach bis zur Unabhängigkeit 1962 belgisches Mandatsgebiet.

Damals wie heute gab es dort rund sechsmal so viele Hutu wie Tutsi. Doch in Ruanda eroberte sich die Bevölkerungsmehrheit 1959 in einer blutigen Revolution die Macht: 20 000 „lange Männer“ wurden niedergemetzelt, weitere 30 000 außer Landes getrieben. In Burundi dagegen blieb das Ungleichgewicht der Macht bis heute bestehen und schuf „ein beispielloses Potential für ethnischen Haß“, so der Afrikaspezialist René Lemarchand.



Von Soldaten getötete Bauern: „Beispielloser ethnischer Haß“

tern. Unter den Beamten und Kadern der Einheitspartei gehören an die 95 Prozent der Bevölkerungsminderheit an, unter den Lehrern 90 Prozent.

Etwa im 15. Jahrhundert waren die Tutsi, die zu den nilohamitischen Völkern gehören, aus dem ostafrikanischen Hochland nach Ruanda und Burundi gekommen. Dort siedelte seit dem 13. Jahrhundert der Bantu-Stamm der Hutu. Die baumlangen Tutsi, Erben der Hirtenaristokratie alter ostafrikanischer Königreiche an den Großen Seen, errichteten ein Feudalsystem und machten die kleingewachsenen, kräftigen Hutu zu Fronbauern.

Im jahrhundertelangen Zusammenleben wurden die beiden Stämme eine Art Nation: Sie grenzten ihr Terrain nicht gegeneinander ab, sie entwickelten eine gemeinsame Sprache und Schrift, liebten die gleichen Tänze und Gesänge. Vermischung durch Heirat blieb jedoch eher die Ausnahme. Denn immer schul-

Wiederholt erhoben sich die Hutu: Nach einem erfolglosen Putsch 1965 richteten die Machthaber im Fußballstadion von Bujumbura 43 prominente Hutu hin. Auch auf den fehlgeschlagenen Staatsstreich 1969 folgten blutige Repressalien.

Nach einem Hutu-Aufstand im Süden des Landes 1972 schien die Regierung von Michel Micombero schließlich eine Endlösung der Hutu-Frage anzusteuern: Methodisch vernichtete die Armee mindestens 150 000 Angehörige der Mehrheit. Vor allem jene Hutu, die lesen und schreiben konnten – Minister, Offiziere, Beamte, Lehrer, Priester bis hin zu Schulkindern –, wurden umgebracht. Damals flohen an die 150 000 Hutu nach Tansania, Zaïre und Ruanda.

Das Trauma der Massenvernichtung – in Burundi „le grand malheur“ genannt – schien dem Land eine gewisse Zeit des Friedens zu bescheren. Oberst

Jean-Baptiste Bagaza, ein Tutsi, der 1976 den brutalen Micombero stürzte, verkündete alsbald: „Die Geschichten von Hutu und Tutsi sind Folklore. Es gibt nur einen einzigen Stamm, den der Burundier.“

Zwar bemühte sich Bagaza zunächst, ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, indem er die Tutsi-Großgrundbesitzer zwang, Boden an Hutu-Kleinbauern abzugeben. Das Land schien gut geführt – trotz seiner Armut. Burundi exportiert fast ausschließlich Kaffee. Die Ausbeutung reicher Nickelvorkommen lohnt nicht, da der nächste Seehafen 1200 Kilometer entfernt liegt – Dar-essalam in Tansania.

Doch das Land erzeugt ausreichend Lebensmittel, seit die Dörfer zu Anbaugemeinschaften zusammengeschlossen sind. Unter Bagaza wurde das Straßennetz erweitert, die Versorgung mit Trinkwasser und Strom verbessert.

An Demokratisierung dachte auch Bagaza nicht, da sie den Herrschaftsanspruch der Tutsi in Frage gestellt hätte. Später wurde er sogar so ängstlich, daß er katholische Priester und Missionare verfolgen ließ und Gottesdienste verbot, weil sich die Kirche der mehrheitlich katholischen Bauern annahm. Obwohl fünf der sieben Bischöfe Tutsi sind, sah die Regierung in der Kirche eine gefährliche Oppositionskraft.

Als Major Buyoya im September vorigen Jahres Bagaza absetzte, gab er zwar der Kirche ihre Rechte wieder, unternahm aber nichts, das Ungleichgewicht der Macht zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zu beseitigen. Jetzt dementiert seine Regierung die Meldungen von jüngsten Armee-Massakern energisch, weil sie verschleiern will, daß der alte Konflikt erneut aufgebrochen ist.

Eine internationale Untersuchungskommission lehnt der Major ab: Es bestehe keinerlei Notwendigkeit dazu, Burundi sei ein unabhängiger Staat. Für 100 000 Menschen, die durch den Konflikt obdachlos geworden seien, erbat der Außenminister bei Uno-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar 15 Millionen Dollar Hilfsgelder.

Schon verhandelten Vertreter Burundis mit dem gleichfalls dicht bevölkerten und armen Nachbarland Ruanda über die Rücksendung der Flüchtlinge. Ruanda kann trotz 1,6 Millionen Mark EG-Soforthilfe mit dem Zustrom kaum fertigwerden, da viele seiner Einwohner durch Überschwemmungen im Mai selbst obdachlos sind. So fehlt es an Unterkünften für die Neuankömmlinge – und die Regenzeit beginnt gerade.

Doch die meisten der Flüchtlinge wollen nicht wieder in Burundi leben. Nach dem Massenexodus von 1972 kehrte nur etwa ein Siebtel der Hutu aus dem Exil in die Heimat zurück. ♦